Ressort: Auto/Motor

Streit um Autobahnverwaltung spitzt sich zu

Berlin, 19.11.2016, 09:12 Uhr

GDN - Im Konflikt der Bundesregierung über die Privatisierung der Autobahnverwaltung lehnt die SPD einen Kompromissvorschlag von Kanzleramtschef Peter Altmaier (CDU) ab. Dieser will die Grundgesetzänderung möglichst schlank halten, berichtet der "Spiegel".

In der Verfassung soll nur geregelt sein, dass die Autobahnen unveräußerliches Eigentum des Bundes bleiben. Zur neu zu gründenden Infrastrukturgesellschaft, die sich um Planung, Bau und Betrieb kümmert, soll dagegen keine Präzisierung erfolgen. Eine eventuelle Privatisierung soll dann in einem Bundesgesetz geregelt werden. SPD-Fraktionsvize Sören Bartol wendet dagegen ein: "Die Gesellschaft darf nicht zum Spielball von Finanzinvestoren werden, daher muss im Grundgesetz das unveräußerliche hundertprozentige Eigentum des Bundes an dieser Infrastrukturgesellschaft festgeschrieben werden." Bundesverkehrsminister Alexander Dobrindt (CSU) will ebenfalls, dass die Gesellschaft im vollen Besitz des Bundes bleibt. Seiner Meinung nach reicht es aus, dies in einem Bundesgesetz festzuschreiben. Er zeigte sich zuletzt aber auch offen für eine entsprechende Regel im Grundgesetz.

Bericht online:
https://www.germandailynews.com/bericht-81106/streit-um-autobahnverwaltung-spitzt-sich-zu.html

Redaktion und Veranwortlichkeit:
V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:
Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:
UPA United Press Agency LTD
483 Green Lanes
UK, London N13NV 4BS
contact (at) unitedpressagency.com
Official Federal Reg. No. 7442619